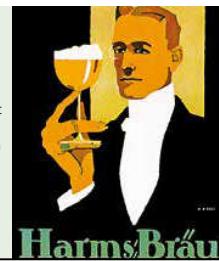


Eine Initiative in Osnabrück wirbt für Offenstalle, weil Schweine darin doppelt so viel Platz haben und das Wetter erleben. Das Land Niedersachsen will das fördern – wenn es kein Pseudo-Tierschutz ist
► SEITE 22



Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt, wie das Brauwesen für die Stadt und sogar für die Stadtentwicklung zur Schlüsselbranche wurde. Die feiert sich mit der Ausstellung selbst

► SEITE 23

VON HENNING BLEYL

Alle Fraktionen der Bremer Bürgerschaft haben sich gestern für die Errichtung eines „Arisierungs“-Mahnmals ausgesprochen. Es soll an die besondere Rolle Bremens bei der Logistik der „Verwertung“ jüdischen Eigentums erinnern.

Bremen profitierte von der Massenauswanderung jüdischer Emigranten, die während des Nationalsozialismus ihren Besitz im Hafen zurücklassen mussten, vor allem aber von der Ausplünderung der jüdischen Familien, die aus den besetzten Ländern Westeuropas deportiert wurden. Die maßgebliche Rolle beim Abtransport ihrer Habeligkeiten zur „Verwertung“ auf „Juden-Auktionen“ spielte die Bremer Spedition Kühne+Nagel.

Die taz hatte das von der Firma unter den Teppich gekehrt Thema durch ihre Kampagne „4qm Wahrheit“ bekannt gemacht und einen Ideenwettbewerb für das „Arisierungs“-Mahnmal ausgelobt. Zudem stellte sie das Thema durch ein Symposium in einen breiten historischen Kontext: Fachleute analysierten die Profit-Trias aus „Fiskus, Firmen und Privatleuten“, auf die das Mahnmal verweisen soll, in ihrem jeweiligen „Umgang mit dem Unrechtserbe“.

Vertreter aller Fraktionen appellierten nun an Kühne+Nagel, die Firmenarchive zu öffnen und sich der Thematik zu stellen. Claas Rohmeyer (CDU) betonte mit Blick auf Mehrheitsaktionär Klaus-Michael Kühne: „Es sind nicht die Mitarbeiter von Kühne+Nagel, die sich der Aufarbeitung entgegenstellen.“ Das Gesprächsangebot gegenüber allen Beteiligten blieb bestehen – allerdings warnte Claudia Bernhard von der Links-Fraktion: „Wir dürfen nicht weitere 70 Jahre einem Dialog hinterherlaufen.“

Unterschiede zeigten sich zwischen den Fraktionen in der Frage, wie das Mahnmal realisiert werden soll. Mit einem Dringlichkeitsantrag beschloss eine Mehrheit aus Grünen, SPD und Linken bei Enthaltung der CDU, die zuständigen Fachgruppen zu befassen, dabei auf den Ideen- und Gestaltungswettbewerb der taz Bezug zu nehmen und „insbesondere auch einen Standort im Umfeld des Neubaus der Firma Kühne+Nagel einzubeziehen“.

„Arisierungs“-Mahnmal kommt

ERINNERUNG Angestoßen durch eine taz-Kampagne spricht sich Bremens Bürgerschaft dafür aus, Profite von Logistikern wie Kühne+Nagel und Privatpersonen zu benennen



Umstrittener Ort: Oben will Kühne+Nagel neu bauen, unten in der Flutschutzmauer könnte das Mahnmal Platz finden Foto: Eckhard Stengel/imago

HELMUT SCHMIDT Farbe der Macht

Die Hamburger Hauptkirche St. Michaelis bekommt einen neuen Teppich – und sogar einen roten. 350 Spender haben dafür rund 55.000 Euro gespendet. Die Verlegerbeiten werden Mitte der Woche abgeschlossen sein. Der grüne Teppich trage mittlerweile die Spuren von elf Millionen Besuchern und des Hamburger Schmuddelwetters, hatte sich Hauptpastor Alexander Röder im Sommer im Gemeindebrief klagt. Und er ist eben – grün. Rot ist nach Röders Worten seit alters her die Farbe der Schönheit und der Macht. Deshalb kann es nur einen Namen für das Textil geben, meint der Helmut Schmidt: Helmut-Schmidt-Vorleger.

Ermittlungen gegen Glitzerwerfer

PROTEST Antifaschisten in Göttingen beklagen eine Vielzahl von Straf- und Ermittlungsverfahren

Seit einem Jahr überziehen die NPD und der rechtsextreme „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ Göttingen und Umgebung mit sogenannten Mahnwachen und „freiheitlichen Bürgertreffs“. Ebenso lange protestieren Nazigegner mit Demonstrationen, Blockaden und multikulturellen Festen – bisweilen werden „Freundeskreis“-Mitglieder auch verprügelt oder ihre Autos abgefackelt. Zuletzt ging in der Nacht zum 31. Oktober bei Duderstadt ein Fahrzeug in Flammen auf.

Die Antifaschistische Linke International in Göttingen, kurz Ali, fühlt sich für ihren politi-

schen Protest von der Polizei kriminalisiert. Mittlerweile ermittelten Polizei und Staatsanwaltshaft in über 80 Strafverfahren gegen antifaschistische Aktivisten aus der Region, schreibt die Gruppe in einer Mitteilung. Die Göttinger Polizei bestätigte zahlreiche Verfahren.

Die hohe Zahl der Ermittlungs- und Strafverfahren dokumentiere die „Ausdauer und Hartnäckigkeit, mit der sich Menschen seit einem Jahr den Aufritten und Angriffen von Neonazis entgegenstellen“, heißt es weiter. Unter den Beetroffenen seien Schlauchbootfahrerinnen und Versamm-

lungsanmelder, Glitzerwerferinnen und Transparenthalter.

Die Repressionen gegen Antifaschisten und Antifaschisten, so die Gruppe, hätten „ein weis schlimmeres Ausmaß angenommen, als zu den dunklen Schünemann-Zeiten“. Uwe Schünemann (CDU) war von 2003 bis 2013 Innenminister in Niedersachsen. Er wurde wegen seines harten Kurses gegen Flüchtlinge und Linke kritisiert.

Vor allem sei das Ausmaß der Kriminalisierung einer Ergebnis der „häufig eskalierenden Einsatzstrategien der Polizei“, erläuterte die Ali. Ein Beispiel dafür sei der Einsatz der Beweis-

sicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) gegen die friedliche Blockade einer „Freundeskreis“-Demonstration am 22. Oktober in Duderstadt. Während Neonazis teils verummt durch den Ort ziehen konnten, habe die BFE verummt die Gegendemonstranten festgenommen und teils verprügelt.

Die Polizei leitete mindestens 15 Ermittlungsverfahren wegen Widerstands und anderer Vorwürfe ein. Auch das örtliche Bürgerbündnis gegen rechts und Beobachter hatten das Vorbringen der Beamten hier als äußerst ruppig beschrieben. Weil sie kurz vor der Kommu-

nalwahl im September NPD-Plakate beschädigt oder gestohlen haben sollen, wird gegen sechs Personen wegen Sachbeschädigung und Diebstahl ermittelt. Im September hatte die Polizei in Göttingen 15 junge Leute festgenommen, die versucht hatten, eine Bahnreise von NPD-Anhängern zu einer Kundgebung durch die Besetzung von Gleisen zu behindern. Laut der Polizei seien auch Steine und Pyrotechnik auf die Beamten geworfen worden. Die Festgehaltenen bestritten die Steinwürfe jedoch.

Ein erstes Verfahren beginnt am 10. November. Zwei Antifaschisten sind beim Göttinger Amtsgericht wegen Sachbeschädigung angeklagt. Sie sollen das Auto eines rechten Verbindungsstudenten beschädigt haben.

REIMAR PAUL